



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT  
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT  
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT  
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA ĦEORPA PARLAMENTO EUROPEO  
EIROPAS PARLAMENTS EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT  
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI  
PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN EURÓPSKY PARLAMENT  
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

# Info

- **Debatte zur Vorbereitung des EU-Gipfels nach dem irischen Referendum**
- **EP debattiert Maßnahmen gegen den Preisanstieg von Erdöl**

# Debatte zur Vorbereitung des EU-Gipfels nach dem irischen Referendum

Das EP hat heute über die Vorbereitung des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2008 in Brüssel debattiert. Alle Fraktionen bekundeten ihren Respekt für das Ergebnis des irischen Referendums. Eine Großzahl der Abgeordneten unterstrich jedoch die Notwendigkeit, den Ratifizierungsprozess des Vertrages von Lissabon in den noch ausstehenden Mitgliedstaaten wie geplant fortzusetzen. Nur eine Minderheit von Abgeordneten rief zur Beendigung des Ratifizierungsprozesses auf.

Zu Beginn der Aussprache legte der slowenische Europastaatssekretär Janez LENARCIC im Namen des Ratsvorsitzes die zentralen Themen des kommenden Europäischen Rates dar. Nach dem negativen Votum der irischen Bevölkerung zum Reformvertrag, das der slowenische Ratsvorsitz bedauere, gelte es nunmehr, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen. "Die europäischen Bürger und die Europäische Union brauchen den Reformvertrag", da dieser mehr Demokratie und mehr Transparenz bringe. Der Ratsvorsitz wird darauf drängen, einen Zeitplan für die weitere Vorgangsweise aufzustellen.

Das zweite große Thema seien die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Öl. Hier müsse die EU "Entschiedenheit an den Tag legen", um den Preisanstieg insbesondere für Familien mit geringen Einkommen zu lindern. Einige Maßnahmen wurden bereits getroffen, die Reform der Agrarpolitik und verbesserte Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen und der G8 böten weitere Perspektiven.

Der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel BARROSO unterstrich, dass das Votum in Irland eine "Enttäuschung für alle sei, die ein stärkeres Europa wollen". Die Herausforderungen, vor denen Europa stehe, blieben. Es gelte, das Ergebnis des Referendums in Irland zu respektieren, gleichzeitig haben aber alle europäischen Länder das Recht ihre Position zum Reformvertrag darzulegen, 18 Länder haben sich bereits für den Reformvertrag ausgesprochen. Er gehe davon aus, dass die noch fehlenden Mitgliedsländer die Ratifizierung fortsetzen, am Ende gelte es, Einstimmigkeit über die Vertragsreform herzustellen.

Hinsichtlich der Preisanstiege für Öl und Nahrung habe die Europäische Kommission eine Analyse durchgeführt und werde konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der hohen Preise machen. Es sei wichtig, die vom Anstieg am stärksten Betroffenen unmittelbar zu unterstützen, die Preise zu überwachen und besondere Hilfen für bestimmte Sektoren wie etwa der Fischerei vorzusehen. Europa müsse zeigen, dass es wichtiger sei als je zuvor.

## SprecherInnen der Fraktionen:

Im Namen der EVP-ED-Fraktion sagte deren Vorsitzender Joseph DAUL (FR), seine Fraktion achte das Ergebnis in Irland ebenso wie das Ergebnis der Ratifizierung in den 18 Ländern, die diesen Prozess bereits abgeschlossen haben. Der Ratifizierungsprozess müsse fortgesetzt werden, erst am Ende könne der Europäische Rat über den Kurs entscheiden. Der Europäische Rat solle daher einen Appell an die Mitgliedstaaten richten, mit der Ratifizierung weiterzumachen. Viele Bürger seien ratlos und wütend, das Votum sei daher ein Aufruf, Europa besser zu erklären.

"Seit acht Jahren ratifizieren wir ohne Unterbrechung irgendeinen Vertrag, seit acht Jahren ratifizieren wir uns schier zu Tode und die EU beschäftigt sich mit sich selbst", sagte der Fraktionschef der SPE-Fraktion Martin SCHULZ (SPD). In einer leidenschaftlichen Rede rief er dazu, die durch das "Nein" der Iren offenbarte Vertrauenskrise ernst zu nehmen. Diese Vertrauenskrise treffe nicht allein die EU Institutionen, sondern auch die nationalen Regierungen, Parlamente und Parteien. "Wir müssen auf diese Vertrauenskrise gemeinsam reagieren."

Martin Schulz forderte, der Binnenmarkt-Kommissar McCreevy solle zurücktreten da dieser "ohne flankierende soziale Maßnahmen den Binnenmarkt auf Teufel komm' raus dereguliert." Auch in den meisten EU-Staaten würden die Regierungen ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht. Martin Schulz sieht das Europäische Einigungswerk in Gefahr, das von Anti-Europäern schlecht geredet werde. "Wir hatten einmal eine pro-europäische Mehrheit und diese hatte eine Seele." Schulz forderte, diese pro-europäische Leidenschaft wieder zu wecken und das Feld nicht den Anti-Europäern zu überlassen.

Graham WATSON (UK), der Vorsitzende der ALDE-Fraktion, stellte fest, dass "wir wieder am Anfang des Kreises angekommen sind." Zwar unterstütze eine Mehrheit der Menschen die EU, jedoch ebbe das Vertrauen in die Institutionen ab. Es nütze also nicht, wenn jemand in Berlin "with or without you" flüstere. Watson sagte, "wir haben wenig getan, um die Leute zu überzeugen." Das Europäische Parlament und die EU-Kommission hätten die Aufgabe die EU zu erklären, aber auch der Rat müsse dies tun und zwar jeden Tag und auch die politischen Parteien müssten dies leisten. Die EU habe Freiheiten für Güter und Kapital gesichert, hinke jedoch hinter der Sicherung von Freiheitsrechten für die Bürger, etwa im Datenschutz zurück. Es brauche eine umfassende Kampagne, um die Leute daran zu erinnern, warum wir Europa brauchen. "Europa ist zu gut für zu viele", so Watson abschließend.

Der irische Fraktionsvorsitzende der Union für das Europa der Nationen, Brian CROWLEY, sagte, es sei schwierig, zu extrapolieren, warum die Menschen in Irland "Nein" gesagt hätten. "Wir brauchen nun Zeit, dieses Ergebnis zu analysieren." Auch die Nein-Sager seien nicht gegen Europa. "Vielleicht können uns die Nein-Sager nun aber mal sagen, welches Europa sie eigentlich wollen." Die Welt werde nun nicht zusammenbrechen, schließlich sei man ja schon einmal an diesem Punkt angelangt. Man sollte nun nicht mit dem Finger auf andere Zeigen, es sei Zeit für gegenseitigen Respekt und zwar auch gegenüber jenen, die schon ratifiziert haben oder noch ratifizieren werden.

Monica FRASSONI (Grüne/EFA, IT) wies darauf hin, dass ihre Fraktion stets darauf hingewiesen habe, dass die EU eine kurze, verständliche Verfassung mit einer bindenden Menschenrechtscharta brauche. Eine solche müsse in einem europaweiten Referendum zur Abstimmung gebracht werden. Jene Länder, die mit Ja stimmten, sollten voranschreiten können. Monica Frassoni kritisierte, dass die Mitgliedsstaaten einen widersprüchlichen und schwer verständlichen Vertrag ausgehandelt hätten, der zudem hinter verschlossenen Türen entstanden sei. In der EU hätten Menschenrechtsfragen oder auch Umweltfragen immer weniger Platz; diese Fragen jedoch bewegten die Menschen. Eine diplomatische Antwort auf das Nein-Votum der Iren reiche nun nicht aus. Monica Frassoni beklagte, dass "weiterhin eine egoistische Politik verfolgt" werde.

Der Fraktionsvorsitzende der Vereinigten Europäischen Linken Francis WURTZ (FR) sagte, der Rat würde sich als weise erweisen, wenn er auf jedwede Arroganz gegenüber den Iren verzichte. Statt jetzt den Ratifizierungsprozess fortzusetzen, müsse jetzt eine kluge Analyse vorgenommen werden, was das Nein-Votum bedeute. Ein Grund, so Wurtz, sei die Vertiefung der Legitimierungskrise in Europa. Der Lissabonner Vertrag würde ein Prekariat schaffen und Entscheidungen weit weg von den Menschen getroffen. Zudem, so Wurtz, sei der Lissabonner Vertrag selbst für Experten unverständlich.

Nigel FARAGE (IND/DEM, UK) erklärte: "Gut gemacht, Irland". Es sei "völlig klar", dass der Ratifizierungsprozess jetzt gestoppt werden müsse. Die Entscheidung, die Ratifizierung fortzuführen sei "EU-Nationalismus und eines der gefährlichsten politischen Phänomene, die Europa seit 1945 erlebt habe".

Der fraktionslose Abgeordnete Ashley MOTE (UK) sagte, Lissabon habe Einstimmigkeit verlangt und das werde nun ignoriert. Die Iren seien nicht nur 10 Prozent der EU, sondern sie seien 100 Prozent jener, die abstimmen durften und man wüsste, das andere auch mit Nein gestimmt hätten, wenn sie hätten abstimmen dürfen. Zudem sei Lissabon unverständlich.

#### **Weitere deutschsprachige Redner:**

Die Regierungen sprächen von einem irischen Problem, die Bevölkerung spreche von einer Kränkung des Souveräns, meint Johannes VOGGENHUBER (Grüne, AT). Die Menschen würden nicht gegen Europa stimmen, aber sie reden von einem sozialeren Europa, nicht von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Die Regierungen hätten den Vertrag in ein unleserliches Konvolut umgeschrieben und würden sich nun wundern, dass die Menschen den vorgelegten Text nicht verstehen und nicht akzeptieren.

Der deutsche Sozialdemokrat Jo LEINEN (SPD) appelliert an den Europäischen Rat, "Selbstkritik zu üben". Die Regierungen würden sich einfach zu wenig darum kümmern, Europa zu erklären. Daher müsse es eine von den Regierungen und von den europäischen Institutionen gemeinsam getragene Kommunikations- und Informationspolitik geben. Und, es bedürfe einer neuen Formel zur Ratifizierung von Europaverträgen.

Wenn das irische Volk nein gesagt hat zum Vertrag und das von Europa als Fehlverhalten gesehen wird, ist das kindisch und der europäischen Länder unwürdig, sagte Andreas MÖLZER (FPÖ). Man darf nicht versuchen den Vertrag durchzuboxen. Das bringe einen irreparablen Imageschaden für Europa.

Wir müssen eine Balance zwischen vernünftiger Wirtschaft und Politik finden, so Elmar BROK (CDU). Ich respektiere die irische Entscheidung. Wir müssen auch die kleinen Länder respektieren. Wir wollen, dass der Vertrag funktioniert und dass die Demokratie funktioniert. 26 Staaten können ratifizieren. Jedes einzelne Land hat sich verpflichtet das zu tun. Wenn das gelingen sollte, dann sollte sich das irische Parlament überlegen was es weiterhin tun wird. Ich möchte kein geteiltes Europa, sondern dass alle 27 Staaten zusammenhalten.

Othmar KARAS (ÖVP) erwartet eine Entschuldigung der Staats- und Regierungschefs für ihren unredlichen Umgang mit Europa und ihre ungenügende Informationspolitik. Europapolitik sei Innenpolitik, dementsprechend müssen die Regierungen auch die europäischen Entscheidungen kommunizieren und der Bevölkerung gegenüber vertreten.

## **EP debattiert Maßnahmen gegen den Preisanstieg von Erdöl**

**Das Europäische Parlament hat heute über Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Ölpreise debattiert. Die slowenische Ratspräsidentschaft sprach sich für "langfristige Lösungen" auf EU- und globaler Ebene aus. EU-Kommissar Piebalgs schlug u.a. Sozialmaßnahmen wie eine punktgenaue Unterstützung für die ärmsten Haushalte vor. Auch forderte er, die europäische Energieeffizienzpolitik auf regionaler und nationaler Ebene effektiver umzusetzen.**

Im Namen der slowenischen Ratspräsidentschaft stellte Janez LENARČIČ klar, dass sich der Rat über die negativen Konsequenzen der Preissteigerungen beim Öl bewusst sei. Für die Verteuerung des Öls machte Lenarčič "strukturelle Gründe" verantwortlich. So könne die Produktion nicht im selben Maße ansteigen wie die Nachfrage. Lenarčič sprach sich für "langfristige Lösungen" auf EU- und globaler Ebene aus und stellte klar, dass alle Maßnahmen kontinuierlich auf den neuesten Stand gebracht werden müssten. Darüber hinaus erinnerte Lenarčič an bereits bestehende Ziele wie die angestrebte Steigerung der Energieeffizienz sowie die Bemühungen um eine Diversifizierung der Energieversorgung.

Energiekommissar Andris PIEBALGS erklärte, dass in den letzten Monaten die Energiepreise um 12% angestiegen seien. Dies sei jedoch kein Zeichen für eine fehlgeschlagene Politik. "Ohne unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele stünden wir noch schlechter da", sagte der Kommissar, "wir müssen unsere Bestrebungen verdoppeln", denn "wir verlassen die Ära der billigen Energie und des billigen Erdöls".

Man dürfe die Probleme der Bürger jedoch nicht unterschätzen. Als kurzfristige Schritte schlug Piebalgs Sozialmaßnahmen wie eine punktgenaue Unterstützung für die ärmsten Haushalte vor, mahnte jedoch zu Vorsicht bei einer Reform der Steuern. Langfristig gesehen werde die europäische Energiepolitik von vielen als "weltführend" eingeschätzt, so der Kommissar. Man müsse die europäische Energieeffizienzpolitik auf regionaler und nationaler Ebene effektiver umsetzen. Eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Generation von Biotreibstoffen sei möglich, indem man

beispielsweise stillgelegte Flächen in der EU nutze, meinte Kommissar Piebalgs mit Blick das EU-Ziel bis 2020 einen Anteil an Biotreibstoffen von 10% zu erreichen.

Jean-Pierre AUDY (EVP-ED, FR) fragte, ob die EU nicht Preisstabilität garantieren könne. Es gebe "brutale Schwankungen", die im Zusammenhang mit Spekulationen und der Dollarparität stehen. Die Rohölpreise müssten kontrolliert werden. Er spreche sich nicht gegen die Marktgesetze aus, wohl aber gegen die "Brutalität ihrer Anwendung".

Hannes SWOBODA (SPÖ) kritisierte, dass die Vorschläge von Rat und Kommission zu spät kämen und zu schwach seien. Zum Beispiel müsse die Frage der hohen Gewinne der Energieunternehmen thematisiert werden. Ein Teil dieser Gewinne müsse für Energiespar- und Effizienzmaßnahmen genutzt werden. Die Konsumenten müssten geschützt werden, soziale Maßnahmen seien nötig. "Die Menschen brauchen aus Brüssel Signale, dass ihnen geholfen wird", so Swoboda abschließend.

Marco CAPPATO (ALDE, IT) sprach sich gegen eine Preisregulierung durch die EU aus: "Ich glaube nicht, dass wir solche Maßnahmen brauchen." Der von der Kommission aufgezeigte Kurs sei durchaus gangbar. Seiner Meinung nach sei es nun vor allem wichtig, die selbstgesteckten Ziele zu erreichen - "lieber früher als später". Außerdem kritisierte Cappato die Weigerung der Mitgliedsstaaten, Kompetenzen an die EU abzugeben, um den Problemen Herr zu werden.

"Spekulationen müssen besteuert werden", meinte Claude TURMES (Grüne, LU), denn die Gewinne der Spekulanten seien noch nie so groß wie jetzt gewesen. Mit diesen Einkünften könne man dann in jedem Land Fonds für Extremsituationen schaffen und beispielsweise Spediteure oder Haushalte unterstützen. "Unser Wirtschaftsmodell hat ein strukturelles Problem", sagte der Abgeordnete, weil Ressourcen und Umweltschutz nicht in die Produktion eingerechnet würden. Er forderte Kommission und Rat auf, im September "eine groß angelegte Initiative für Investitionen in die Energieeffizienz" vorzulegen.


Gintaras DIDŽIOKAS (UEN, LT) sagte, die Produkteffizienzstrategie sei von 1993. Daher stelle sich die Frage, ob die jetzige Politik noch effizient ist. Je höher der Ölpreis, desto mehr werde aus den Bürgern herausgepresst. "Ist es nicht an der Zeit diese Energiebesteuerungsgesetze zu überprüfen?". Diese Steuerpolitik wird uns nicht dabei helfen, dem Bürger zu helfen.


Dimitrios PAPANIMOU (KVEL/NGL, GR) zeigte sich enttäuscht von Rat und Kommission. Er höre nur "Worthülsen". In anderen Ländern gebe es Proteste, die aber gehört worden seien. "Spekulationen helfen nicht, wir müssen Investitionen vornehmen", erklärte er. Finanzministerien profitieren von den Preissteigerungen. Die Schutzbedürftigen hätten "keine Chance. Ihnen muss geholfen werden".

### **Kontakt:**

Andreas KLEINER  
Referat Redaktion und Veröffentlichung


: [Presse-de@europarl.europa.eu](mailto:Presse-de@europarl.europa.eu)


: (0032-2) 28 32266 (BXL)

: (0033-3) 881 72336 (STR)

Gabriele FELSTERL  
Referat Redaktion und Veröffentlichung

: [Presse-de@europarl.europa.eu](mailto:Presse-de@europarl.europa.eu)

: (0032-2) 28 41027 (BXL)

: (0033-3) 881 73782 (STR)